

03.05.2016

Antrag

der Fraktion der FDP

Zukunftsinvestitionen in Infrastruktur, Forschung und Entwicklung statt Kaufprämien für Elektroautos

I. Ausgangslage

Die Bundesregierung hat angekündigt, den Kauf von Automobilen mit Elektroantrieb durch eine Kaufprämie subventionieren zu wollen. Haushaltsmittel in Höhe von 600 Millionen Euro sind für diese Kaufprämie vorgesehen. Die Automobilindustrie soll sich zusätzlich mit weiteren 600 Millionen Euro „freiwillig“ an der Kaufprämie für Verbraucher beteiligen.

Mit der Kaufprämie soll ein Anreiz für eine stärkere Nachfrage nach Elektroautos geschaffen werden. Diese leidet bis dato auch an der unzulänglichen Ladepunktinfrastuktuktur. Die mangelnde Nachfrage zeigt sich nicht zuletzt an den Verkaufszahlen von Elektroautos. So sind von aktuell 45 Millionen in Deutschland zugelassenen Pkw gerade einmal 25.000 Elektroautos. Dazu kommen noch etwa 130.000 Hybridfahrzeuge.

Die Bundesregierung trägt dabei vor, dass die Kaufprämie ihrem Ziel dienlich sein soll, die Zahl der zugelassenen Elektroautos bis zum Jahr 2020 auf eine Million zu erhöhen. Dabei wendet sie sich auch von dem im Koalitionsvertrag der regierungstragenden Parteien niedergelegten Grundsatz ab, auf „nutzerorientierte Anreize statt auf Kaufprämien“ zu setzen.

Die Bundesregierung schafft mit der Kaufprämie einen neuen Subventionstatbestand, der nicht nur den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern teuer zu stehen kommt. Er bevorzugt auch eine bestimmte Technologie gegenüber anderen potentiell zukunftssträchtigen Antriebskonzepten, die möglicherweise durch staatliche Einflussnahme ver- oder zurückgedrängt werden. Damit ist die Kaufprämie für Elektroautos ein forschungs- und innovationspolitischer Sündenfall, der zudem im Widerspruch zum Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD steht. Denn dort wurde vereinbart, „einen technologieoffenen Ansatz inklusive der Wasserstoff-, Hybrid-, Batterie- und Brennstoffzellentechnologie zu verfolgen“. Sachgerechte Entscheidungen setzen aber eine privilegienfreie Technologieoffenheit voraus.

Datum des Originals: 03.05.2016/Ausgegeben: 03.05.2016

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de
--

Mit der Kaufprämie wird darüber hinaus in den Automobilmarkt eingegriffen. Sie verzerrt den Wettbewerb zugunsten einer bestimmten Technologie bzw. bestimmter Hersteller von Fortbewegungsmitteln. Sie fördert ein Produkt, das offensichtlich auf keine ausreichende Nachfrage trifft und das selbst mit Kaufprämie noch deutlich teurer als alternative Fortbewegungsmittel ist. Somit ist davon auszugehen, dass ein Großteil der Kaufprämie zu Mitnahmeeffekten bei Automobilkonzernen einerseits und bei Verbrauchern andererseits führt. Menschen, die bis zu 60.000 Euro für ein Auto zahlen, benötigen aber keine finanziellen Anreize. Zugleich werden die verheerenden Erfahrungen mit der „Abwrackprämie“, eine der teuersten Konjunkturspritzen der deutschen Geschichte, sehenden Auges ignoriert. Damit ist die Kaufprämie ein erneuter wirtschafts- und ordnungspolitischer Sündenfall.

Nordrhein-Westfalen als verkehrsintensives und staureiches Bundesland mit zahlreichen Betrieben in Mittelstand, Industrie und Handwerk ist auf moderne leistungs- und zukunftsfähige Infrastrukturen angewiesen. Dazu gehört der Neu- und Ausbau etwa von Straßen, Schienen oder Brücken genauso wie eine flächendeckende Breitbandversorgung und die Digitalisierung der Verkehrswege. Hierfür muss Nordrhein-Westfalen stärker in Infrastrukturen investieren als in den vergangenen Jahren. Eine Kaufprämie für Elektroautos leistet dagegen keinen nachhaltigen Beitrag zur Weiterentwicklung der Infrastruktur. Damit ist die Kaufprämie auch ein verkehrspolitischer Sündenfall.

II. Handlungsnotwendigkeiten

Die Aufgabe der Automobilbranche, praxistaugliche Fahrzeuge zu einem erschwinglichen Preis anzubieten, kann die Politik nicht übernehmen. Politik muss aber für eine hochmoderne Infrastruktur sorgen. Dazu gehören der Ausbau und die Sanierung des bestehenden Verkehrsnetzes. Auch die Entwicklung alternativer Fortbewegungskonzepte und Antriebsmodelle sollte weiter gestärkt werden. Wir brauchen bessere und unbürokratische Rahmenbedingungen für die Ausstattung von Wohnhäusern und Kfz-Stellflächen an Arbeitsorten, die durch Anreize wie KfW-Programme und steuerliche Förderungen – etwa in Anlehnung an Energieeffizienz-Programme – ergänzt werden sollten.

Gerade das bei Wirtschaftswachstum, Innovationen und Bildungschancen schwache Nordrhein-Westfalen benötigt mehr Zukunftsperspektiven. Es muss mehr in Infrastruktur, Forschung und Entwicklung investiert werden. Ein zentraler Investitionsbereich ist die Mobilität – eines der Megathemen der kommenden Jahre mit sehr großen Fortschritts-, Wachstums- und Wohlstandsperspektiven.

Ausgangspunkt könnte die Region Rhein-Ruhr sein, die mit einem Entwicklungspaket zum Treiber eines weltweit führenden Mobilitätsstandorts NRW werden kann. Dazu muss stärker sowohl in neue Technologien wie autonomes Fahren und alternative Antriebssysteme als auch in Infrastrukturkonzepte, smarte Verkehrsleitsysteme und -schilder, Kommunikationssysteme und Forschung investiert werden. Auch Forschungsvorhaben zum öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) der Zukunft sollten besser unterstützt sowie ein Startup-Cluster „Mobilität und Logistik“ aufgebaut werden. Auf dieser Basis können neue Konzepte, Ideen und Technologien entstehen, die nicht nur die Mobilität der Zukunft gestalten, sondern auch neue Wertschöpfungs- und Zukunftschancen für die Region schaffen. Gleichzeitig wird ein Beitrag zur Weiterentwicklung umweltfreundlicher und effizienter Mobilität geleistet.

Die von der Bundesregierung geplante Kaufprämie leistet dagegen keinen nachhaltigen Beitrag für die Zukunftsfähigkeit des Landes. Die für die Kaufprämie veranschlagten Bundesmittel sollten daher in ein Entwicklungspaket für Mobilität in der digitalen Gesellschaft investiert werden.

III. Beschlussfassung

Der Landtag beschließt:

1. Der Landtag von Nordrhein-Westfalen lehnt die von der Bundesregierung geplante Kaufprämie für Elektroautos ab.
2. Der Landtag fordert die Landesregierung dazu auf, auf eine Umgestaltung des von der Bundesregierung beabsichtigten Programms hinzuwirken. Ziel muss sein, die für die Kaufprämie veranschlagten Bundesmittel in Höhe von 600 Millionen Euro den Ländern für Investitionen in die Zukunft zur Verfügung zu stellen.
3. Die dem Land Nordrhein-Westfalen anteilig zustehenden Mittel werden in ein Entwicklungspaket für Mobilität in der digitalen Gesellschaft investiert. Dazu werden insbesondere Infrastruktur, Forschung, Entwicklung und Anreize für den Ausbau von Ladekapazitäten für alternative Antriebssysteme gestärkt. Dabei sollte es der Anspruch für den Standort Nordrhein-Westfalen sein, Spitzenreiter bei der Entwicklung neuer alternativer und moderner Antriebstechnologien zu sein.
4. Die Landesregierung wird aufgefordert, den Dialog mit den Kommunen zwecks Erörterung realistischer Perspektiven zur Förderung der Elektromobilität zu suchen.

Christian Lindner
 Christof Rasche
 Ralf Witzel
 Dietmar Brockes
 Marcel Hafke
 Angela Freimuth

und Fraktion